

Kiel, 13.07.01

**Landtag
aktuell**

**Es gilt das gesprochene Wort!
Sperrfrist: Redebeginn**

Anna Schlosser-Keichel zu TOP 37:

Sexuelle Gewalt gegen Mädchen und Frauen mit Behinderungen

Ich bedanke mich für den vorliegenden Bericht bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Ministerien, des Behindertenbeauftragten, insbesondere aber auch bei den Einrichtungen und Initiativen, die mit ihren Informationen über ihre Arbeit wichtige Beiträge dazu geleistet haben. Ich finde, der Bericht hätte einen prominenteren Platz auf der Tagesordnung und damit etwas mehr Beachtung und Aufmerksamkeit verdient und auch dringend benötigt.

Denn die Frage nach der Lebenslage von Mädchen und Frauen mit Behinderungen steht nicht gerade im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Erst seit wenigen Jahren wird geforscht. Empirische Untersuchungen zur Sexualität von Frauen mit Behinderungen liegen ebenso wenig vor wie wissenschaftliche Untersuchungen zur Gewaltproblematik. Auch die aktuellen Statistiken von Polizei und Staatsanwaltschaft haben nur bedingte Aussagekraft. Hier ist Handlungsbedarf, denn man muss die Daten kennen und Ursachen und Wirkungen benennen, um Probleme angehen zu können.

Dass es diese spezielle Gewaltproblematik gibt, zeigt die Tatsache, dass es unter den befragten Einrichtungen keine gab, die nicht von „Fällen“ sexueller Gewalt zu berichten wusste. Außerdem machen internationale Untersuchungen deutlich

- dass Menschen mit Behinderungen häufiger sexueller Belästigung und sexueller Gewalt ausgesetzt sind als Menschen ohne Behinderungen

- und dass Mädchen und Frauen mit geistiger Behinderung besonders gefährdet sind.

Das hat seinen Grund, denn in ihren Lebensumständen gibt es Faktoren, die das Risiko sexueller Gewalterfahrung erhöht: z.B.

- Angewiesensein auf eine einzige Betreuungsperson
- sexuelle Unaufgeklärtheit,
- die Verleugnung ihrer sexuellen Bedürfnisse durch uns Nichtbehinderte
- Erziehung zur Anpassung in einem System, in dem die (geistig) behinderte Frau auf eine lebenslang währende Kinderrolle festgelegt wird: Ein „Kind“, das sich oft nicht deutlich artikulieren kann, oder dem man solche „Ungeheuerlichkeiten“ nicht glaubt.

Wir müssen an diesen Risikofaktoren ansetzen. Deshalb ist es wichtig, dass künftig die Problematik Gewalt bei der Fortschreibung des Behindertenplans und bei der Psychiatrie- bzw. Jugendhilfeplanung – wie in dem Bericht vorgeschlagen – berücksichtigt wird. Unser Ziel muss sein, Frauen und Mädchen mit Behinderungen in ihrer Entwicklung zu selbstbewussten Menschen zu stärken. „Kinder müssen trainieren, nein zu sagen“, hat Frau Lütkes kürzlich gesagt, und ich meine, der Bericht zeigt, dass wir darauf gerade auch bei der Erziehung von behinderten Kindern achten müssen.

Ziel muss auch sein, die Fachkräfte in der Behindertenarbeit oder Angehörige zu informieren und in die Lage zu versetzen, Signale zu erkennen, die auf sexuelle Gewalt hindeuten. Es gibt ein ganzes Bündel von unterschiedlichster Hilfs- und Beratungsmöglichkeiten für Mädchen und Frauen mit Behinderung und auch Fortbildungsmöglichkeiten für Menschen, die mit ihnen leben oder arbeiten; das zeigt der vorliegende Bericht. Bei der Koordinierung dieser Angebote hat der Verein mixed pickles in den letzten Jahren mit einem Modellprojekt Pionierarbeit geleistet. Vielen Dank dafür!

Diese überregionale Vernetzungsarbeit ist auch künftig notwendig, ich denke, darüber war sich der Sozialausschuss einig. Ich weiß nur noch nicht, wie das zu finanzieren ist. Deshalb meine Bitte, diesen Bericht zur Kenntnis zu nehmen, ihn aber nicht so weit weg zu legen. Wir werden bei den Haushaltsberatungen darauf zurück kommen müssen.